Man kann von dem Blatte der Oberagrarier nicht verlangen, daß es für Aufhebung der Futterzölle eintritt, aber die Art, wie es den geprellten Kleinbauer auf den lieben Gott verweist, ist schon ein mehr als wüster Spaß. Ob endlich der unteren Bauernschaft dieser heurige Sommer eine Lehre sein wird? Ob der Kleinbauer endlich hinter die Nücken und Tücken der konservativen Bauernfreunde und ihrer verbrecherischen Zollpolitik kommen wird?

Der Arbeiterschaft aber mag die heranziehende Teuerung ein Ansporn mehr sein, ihre Reihen kampffähig zu schließen. Denn steigende Lebensmittelpreise müssen steigende Löhne im Gefolge haben, wenn sich die arbeitenden Massen der neuen Belastung einigermaßen erwehren wollen. Und das wird nicht ohne Kämpfe abgehen!

Die ausgeschaltete Volksvertretung.

Auf das Verlangen der Nationalliberalen, den Reichstag sofort einzuberufen, gibt nun ein Berliner Telegramm der Köln. Zeitung die natürlich ablehnend lautende Antwort. Es wird ausgeführt, wenn der Reichstag gegenwärtig tage, könne der Reichskanzler in einer etwaigen Erklärung über den Stand der deutsch-französischen Verhandlungen nicht die Bürgschaft dafür übernehmen, daß es wirklich zu einer Einigung komme und daß die Verhandlungen nicht im letzten Augenblicke an einem nicht vorauszusehenden Hindernis scheiterten. Deshalb sei es unmöglich, über eine diplomatischen Beratungen unterworfene Frage in eingehende, sachliche Erörterungen einzutreten. Erst wenn der Vertrag vorliege, werde sich der Reichstag ein Urteil bilden können, ob das Abkommen der Würde und den Interessen des Reiches entspräche.

Aus dem Diplomatenjargon in ein klares Deutsch übersetzt, besagt diese Antwort: wenn drei oder vier Regierungsmenschen über die Köpfe der Nation hinweg nach ihrem momentanen Gutdünken über unser Leben und Gut entschieden haben, hat die Volksvertretung ihr Amen zu sagen! Eine Ansicht, wie sie sich aus unseren halbabsolutistischen Zuständen und der Regierungsfrömmigkeit der bürgerlichen Parteien ergibt.

•

Wie die Post aus München erfahren haben will, wird auf Anregung Bayerns Ende August oder, wenn die Umstände es gebieten, vorher der Ausschuß des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten in Berlin zusammentreten, um sich mit der Marokko-Angelegenheit zu befassen. Sehr wahrscheinlich klingt diese Nachricht allerdings nicht, denn dieser Bundesratsausschuß, in dem Bayern den Vorsitz führt, ist eine Einrichtung, die fast nie in Funktion getreten ist. Insbesondere ist dieser Ausschuß, der so recht das fünfte Rad am Wagen bildet, nie in auswärtigen Angelegenheiten vorher um seinen Rat gefragt worden.

Der Fahneneidterror.

Die abgeklapperte Fahneneiddiskussion sucht die Deutsche Tageszeitung nunmehr zu einem Vorgehen gegen den fortschrittlichen Abgeordneten und bayrischen Reserveoffizier Dr. Potthoff zu forcieren, weil er sich gegen die Oertelsche Fahneneid-Gehirnwucherung wandte. In der gestrigen Welt am Montag schrieb Herr v. Gerlach:

„Herr Dr. Potthoff habe bewiesen, daß er nicht bloß zu reden, sondern auch zu handeln verstehe. Als Reserveoffizier habe er bei den letzten preußischen Wahlen dem sozialdemokratischen Kandidaten als dem kleineren Uebel seine Stimme gegeben, und die Militärbehörde habe sich wohl gehütet, gegen ihn vorzugehen."

Worauf die Deutsche Tageszeitung die begonnene Denunziation wie folgt fortsetzt:

„Es kann sich bei dieser Mitteilung natürlich nur um die Landtagswahlen handeln, die öffentlich sind. Herr Dr. Potthoff wohnte, wenn wir uns nicht irren, zur Zeit der letzten preußischen Landtagswahlen in Düsseldorf. Ob er als Urwähler einem sozialdemokratischen Wahlmanne oder als Wahlmann einem sozialdemokratischen Kandidaten seine Stimme gegeben hat, wissen wir nicht. Darüber äußert sich auch Herr v. Gerlach nicht näher. Sollten Herrn v. Gerlachs Angaben richtig sein, so würde das bayrische Kriegsministerium auf einem anderen Standpunkte stehen als das preußische — auf einem Standpunkte, der uns schlechthin unverständlich wäre und zu den seltsamsten und bedenklichsten Konsequenzen führen könnte, ja müßte."

Man darf gespannt sein, ob der bayrische Kriegsminister dem Druck von Berlin aus, der jetzt einsetzen dürfte, nachgeben wird.

Kleine politische Nachrichten. Die in Belgien geplanten großen Herbstmanöver und die in Antwerpen geplanten Festungsmanöver sind auf Befehl des Kriegsministers abgesagt worden. Es werden in diesem Jahre in Belgien überhaupt keine Manöver stattfinden, weil man befürchtet, daß die in diesem Jahre auftretende Maul- und Klauenseuche den Truppen großen Schaden zufügen könnte. Man befürchtet eine Ansteckung der Pferde und Menschen. — Die Steuereinnahmen Frankreichs im verflossenen Monat zeigen einen Mehrertrag von 58 Millionen gegenüber dem Voranschlag sowie eine Zunahme von 69 Millionen gegen den Juli des Vorjahres. — Die Petersburger Telegraphenagentur ist ermächtigt, bekanntzugeben, daß die Meldung einiger Blätter, das Handelsministerium habe die Getreideausfuhr verboten, den Tatsachen nicht entspreche; ein derartiges Verbot sei weder erfolgt noch geplant. In einem von dem Börsenkomitee versandten Rundschreiben sei lediglich Vorsicht empfohlen worden bei Realisation der vorhandenen reichen Getreidevorräte, damit sie nicht zu Preisen ausgeführt würden, die der Konjunktur des Getreidemarktes nicht entsprächen. — Senator Dillingham hat im amerikanischen Senat einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den die Einwanderungsgesetze wesentlich verschärft und auch Analphabeten von der Auswanderung ausgeschlossen werden.

Der erste Schuß.

Es ist als ob die Berliner Polizei unter Herrn Jagows Präsidentenära vom Fluch der Lächerlichkeit nicht frei werden sollte. In der Hauptsache wird diese permanente Blamage geboren aus Herrn Jagows Erlassen. Denn abgesehen von ihrem unfreiwillig komischen Telegrammstil ist diese Sorte Erlasse immer von derartiger Weltfremdheit und beamtenhafter Ueberschneidigkeit diktiert, daß ihnen mindestens der Erfolg der Lächerlichkeit mit Naturnotwendigkeit auf dem Fuße folgen muß. Da hat Herr Jagow vorgestern erst einen Revolverukas verübt, wonach der Schutzmann bestraft werden solle, der zu spät schießt — und prompt ist das Malheur auf dem Fuße gefolgt: Als wir gestern den neuesten Jagow-Erlaß kritisierten, ließ ein verängstigter Jagow-Untergebener von ungefähr schon den Revolver schießen und zerschmetterte einen Fuß, der einem ziemlich harmlosen Menschen gehörte und in einer Liebesangelegenheit ziemlich harmlose Schritte gegen die Polizei unternahm: Der Getroffene wollte sich nicht aus der Wohnung seiner Liebsten entfernen!

Die Telegramme melden über diese neueste Polizeiblamage:

Berlin, 7. August. Vergangene Nacht spielte sich in der Reinickendorfer Straße 67 ein aufregender Vorfall ab. In dem Hause wohnte im vierten Stockwerk der Händler Gottlieb Hildebrand, der schon seit längerer Zeit eine Gefängnisstrafe verbüßt. Seine Frau hatte in der Zwischenzeit mit dem 42 Jahre alten Bauarbeiter Wilhelm Maderow Beziehungen angeknüpft, die dazu führten, daß Maderow in die Hildebrandsche Wohnung zog und mit der Frau zusammenlebte. Da Hildebrand jedoch heute aus dem Gefängnis entlassen wurde, forderte Frau Hildebrand gestern ihren Liebhaber auf, die Wohnung zu verlassen. Maderow weigerte sich aber, dies zu tun. In ihrer Angst, ihr Mann könnte bei seiner Rückkehr den Liebhaber in der Wohnung finden, verfiel die Frau auf ein ganz eigenartiges Mittel, um den unbequemen Liebhaber loszuwerden. Sie erschien in der vergangenen Nacht auf der Polizeiwache in der Reinickendorfer Straße und meldete, daß in ihrer Wohnung ein Einbrecher sei. Die beiden Schutzleute Spielberg und Radtke erhielten von dem Wachtmeister der Polizeiwache den Befehl, mit Frau Hildebrand in deren Wohnung zu gehen und den Einbrecher zu verhaften. Schon beim Betreten des Hauses nahmen die Schutzleute ihre geladenen Browningpistolen zur Hand. Als sie an der Hildebrandschen Wohnung klingelten, öffnete zunächst niemand. Auf wiederholtes Klingeln wurde die Tür von Maderow schließlich geöffnet. Als dieser die Schutzleute sah, zog er sich in die neben der Entreetür liegende Küche zurück und versuchte die Küchentür zu schließen, um die Schutzleute nicht einzulassen. Dies gelang ihm jedoch nicht ganz, denn beide Polizisten stemmten sich von außen gegen die Tür. Maderow stemmte nun den Fuß von innen gegen die Tür, so daß die Schutzleute nur durch einen schmalen Spalt in die Küche blicken konnten. Trotz wiederholter Aufforderung der beiden Beamten, zu öffnen, stemmte sich Maderow immer fester gegen die Tür und plötzlich gab der Schutzmann Spielberg **zwei Schüsse durch die Türspalte** ab. Ein Schrei belehrte die beiden Schutzleute, daß der „Einbrecher" getroffen worden war. Der Schneider gab jetzt natürlich seinen Widerstand auf und flüchtete in ein neben der Küche gelegenes Zimmer. Die Beamten folgten ihm dorthin und verhafteten ihn. Auf der nahen Unfallstation erhielt er zunächst um die durch das Browninggeschoß verletzte Stelle zwischen Knöchel und Zehe des rechten Fußes einen Verband, und wurde dann auf die Polizeiwache gebracht. Dort stellte sich nach kurzem Verhör die Unwahrheit der Angaben der Frau Hildebrand und der wahre Sachverhalt heraus.

•

In der amtlichen Darstellung wird natürlich das Vorgehen der Schutzleute möglichst schonend dargestellt. Man spricht von zwei Einbrechern und schiebt die ganze Schuld der Händlersfrau zu, die gewiß nicht ehrlich gehandelt hat. Das Gericht, das zweifellos und mit vollem Recht gegen diese Schießerei der Schutzleute angerufen werden wird, wird und muß zu einer ganz anderen Beurteilung dieser Polizeitat kommen. Und vor dem ordentlichen Richter werden sich die Schutzleute vergeblich hinter dem Ukas des Polizeipräsidenten verstecken dürfen. Sie haben ohne Spur von Notwehr auf einen Wehrlosen geschossen. Die Berufung auf den Erlaß ihres höchsten Vorgesetzten kann ihnen höchstens als ein Milderungsgrund angerechnet werden. Für den unberechtigten Gebrauch ihrer Waffen bleiben die Schutzleute aber selber verantwortlich. Wird die Anordnung Jagows weiterhin befolgt, so dürften sich in Berlin binnen kurzem die Fälle wegen fahrlässiger Tötung häufen. Anklage müßte dann aber gegen Herrn v. Jagow erhoben werden als den Veranlasser der Taten und den Präsidenten einer seltsamen „Schutzmannschaft."

Ausland.

Schweiz.

Eine sozialdemokratische Wahlniederlage.

Z. Was befürchtet werden mußte, ist leider eingetreten: unsere Partei hat in der sonntägigen Wahl in Rorschach ihr seit Jahren besessenes Nationalratsmandat verloren, indem unser Genosse Kellenberger mit 2836 gegen 4891 Stimmen, mit denen der demokratische Gegenkandidat Weber gewählt wurde, unterlegen ist. Dieser Verlust ist die Folge des traurigen Kuhhandels der Regierung und der bürgerlichen Parteien, dem nun unsere Partei zum Opfer gefallen ist.

Die Wahlbewegung zeitigte ebenfalls äußerst bedenkliche Begleiterscheinungen. Der gewählte demokratische Redakteur Weber ist im „Nebenamt" Generalsekretär der Arbeiterunion schweizerischer Transportanstalten und der erste Führer der demokratischen Partei des Kantons Luzern. Genosse Advokat Albisser-Luzern ist Redakteur des von der genannten Arbeiterunion herausgegebenen Verbandsorgans Das Flügelrad. Genosse Albisser trat nun in unserm Luzerner Parteiorgan Demokrat wie auch in seinem Flügelrad für die Wahl des Demokraten Weber ein, der im Nationalrat für die Vertretung der Eisenbahnerinteressen notwendig sei, als ob diese Vertretung nicht seit jeher in entschiedener und wirksamer Weise von der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion besorgt worden wäre! Zugleich bedeutete dieses Vorgehen die Bekämpfung der offiziellen sozialdemokratischen Parteikandidatur. Bei der großen Zahl von Eisenbahnern und Schiffsangestellten im Rorschacher Kreise ist sehr wahrscheinlich die Niederlage unserer Partei direkt auf diesen Verrat zurückzuführen, den der Basler Vorwärts ebenfalls als grobe Disziplinlosigkeit scharf verurteilt.

Unter solchen Umständen ist es für die schweizerische Sozialdemokratie ungemein schwer, emporzukommen und erscheint, so die Reorganisation der Partei um so notwendiger, um mit der besseren Organisation auch einen besseren Geist in unsere Reihen zu bringen.

England.

Das Tadelsvotum der Lords vor dem Unterhause.

London, 7. August. Nachdem in der Sitzung zunächst einige Anfragen über die auswärtige Politik und die Marokko-Angelegenheit erledigt, fragt Balfour an, wann der Pairsschub beginnen solle. Premierminister Asquith erklärte hierauf, das Ersuchen um Ernennung neuer Pairs sei gestellt und angenommen worden, nachdem die Lords ihre Amendements zu der Parlamentsbill eingebracht hätten. Es hätten vorläufige Verhandlungen vertraulichen Charakters zwischen dem König und den Ministern stattgefunden, und er werde im Laufe der Debatte über diese etwas mitteilen. Balfour beantragte hierauf ein Tadelsvotum und erklärte, die Minister hätten ihre Rechte als Berater der Krone gröblich mißbraucht und durch den Mißbrauch dieser Rechte sich über die Konstitution gestellt. Ihr Vorgehen sei ohne Beispiel, und sie hätten diesen Weg eingeschlagen nicht unter dem Zwang eines großen überwältigenden Drucks der öffentlichen Meinung, sondern um eine parlamentarische Rümachung zwischen den sie unterstützenden Parteien durchzusetzen und zu dem Zweck, das Volk daran zu hindern, seine Meinung über Homerule zu äußern.

Balfour berührte im weiteren Verlauf seiner Rede die Meinungsverschiedenheiten in der unionistischen Partei. Er erklärte, er stimme mit der Ansicht einiger Unionisten, daß sie gegen die Parlamentsbill dadurch kämpften, daß sie die Regierung zwängen, die Prärogative der Krone bis zur äußersten Grenze zu mißbrauchen, nicht überein. Dieser Mißbrauch sei im wesentlichen bereits vollendete Tatsache und die englischen Staatseinrichtungen seien gänzlich aus den Fugen. Trotz dieser Meinungsverschiedenheiten unter den Unionisten dürften diejenigen, welche die Regierung unterstützen, nicht glauben, daß sie aus diesem Zwiespalt irgend einen großen Vorteil für sich einheimsen würden. (Beifall bei der Opposition.) Sobald diese in zweiter Linie stehenden Streitpunkte aus dem Wege geschafft seien, würde sich nicht nur jeder Unionist im Königreich, sondern weite Schichten des Bürgertums, die an den politischen Streitfragen bisher keinen großen Anteil genommen hätten, vergegenwärtigen, daß auf Anraten von Asquith die Prärogative der Krone so gröblich mißbraucht worden sei, daß eine Fortsetzung des zurzeit bestehenden Zustandes unmöglich sei. (Beifall bei der Opposition.)

Asquith, der von langanhaltendem Beifall der Ministeriellen empfangen wurde, sprach ohne Unterbrechung durch die Unionisten. Er erklärte, der Rat sei der Krone gegeben und von ihr angenommen worden im Hinblick auf die gegenwärtige Lage. Nachdem Asquith auseinandergesetzt hatte, daß er auf des Königs dringenden Wunsch die Mitteilungen, die bisher von König und Ministern vertraulich behandelt worden seien, bekannt geben könne, erklärte er, daß nach dem Scheitern der Konferenz das Kabinett sich über die Auflösung des Parlaments schlüssig gemacht, aber den König benachrichtigt habe, daß es nicht die Verantwortung übernehmen könnte, eine Auflösung anzuraten, wenn es nicht wüßte, daß, im Fall die Regierungspolitik von einer angemessenen Mehrheit des Unterhauses gebilligt würde, der König bereit sei, seine Prärogative auszuüben, um die Sicherheit zu gewähren, daß die Entscheidung über das Endergebnis dem Lande anheim gegeben werde.

Die Minister hätten auch dem König mitgeteilt, daß sie sich völlig der Wichtigkeit bewußt seien, den Namen des Königs aus dem Parteistreit zu lassen und die Zustimmung des Königs erhalten, im Staatsinteresse Mitteilungen über die Absichten der Krone erst zu veröffentlichen, sofern und sobald sich die Notwendigkeit zu einem solchen Rat ergebe. Der König sei nach sorgfältiger Erwägung aller Umstände zu dem Schluß gekommen, daß er keine andere Wahl habe, als dem Rat des Kabinetts zuzustimmen, und demgemäß habe er, Asquith, am 18. November 1910 die Auflösung des Unterhauses verkündet. Asquith erklärte weiter, die Bill ist so von mir behandelt worden und wird behandelt werden als eine Bill, die im Prinzip von der Wählerschaft gebilligt ist, und die deshalb mit jeder vernünftigen Aenderung zum Gesetz erhoben werden soll. Erst als meine Hoffnung, daß das Oberhaus die Bill annehmen werde, vergeblich war, wurde der König gefragt und willigte ein, nötigenfalls seine Prärogative auszuüben. (Beifall bei den Ministeriellen.) Der von uns eingeschlagene Weg war korrekt, überlegt und verfassungsmäßig, und das Kabinett ist bereit, sich auf die Entscheidung des Hauses und unserer Landsleute zu stützen. Asquith fuhr fort, die Bill habe, als sie aus dem Oberhaus zurückkam, nur mehr eine oberflächliche Aehnlichkeit mit der ursprünglich beabsichtigten Maßnahme getragen und unter der Voraussetzung, daß das Haus die Bill gut hieß, habe die Regierung keinen anderen Ausweg aus dieser Situation gehabt, als den von ihr gewählten. Ich habe mein Amt nicht nur durch die Gunst der Krone, sondern durch das Vertrauen des Volkes und ich würde mich des Verrats schuldig machen, wenn ich im entscheidenden Augenblicke des großen Kampfes sein Vertrauen täuschen würde. (Lauter Beifall bei den Ministeriellen.)

Darauf wurde das von Balfour beantragte Mißtrauensvotum gegen die Regierung mit 368 gegen 246 Stimmen abgelehnt.

Portugal.

Aus der Nationalversammlung.

Lissabon, 7. August. In der Nationalversammlung wies heute bei den Subventionen für die Geistlichkeit aus Anlaß des Trennungsgesetzes der Deputierte Abreu auf mögliche internationale Konflikte hin, da 28 Reklamationen wegen Vergehens gegen das Eigentum vorgebracht worden seien, die die Unterstützung auswärtiger Gesandtschaften gefunden haben. Die Minister des Auswärtigen und der Justiz bestritten die Möglichkeit internationaler Konflikte und die Versammlung billigte die Haltung der Regierung.

Türkei.

Die Albanesen-Bewegung.

Konstantinopel, 7. August. Der hiesige Albanesenklub, in dem hauptsächlich Mohammedaner vertreten sind, hat dem Großwesir ein Memorandum übergeben, in dem die Ausdehnung der den Malissoren gemachten Konzessionen auf die mohammedanischen Albanesen verlangt wird. Heute beriet der Ministerrat über dieses Memorandum. Gut unterrichtete türkische Kreise behaupten, durch die Haltung der mohammedanischen Albanesen, die über die den Malissoren gemachten Konzessionen erbittert seien, erscheine die Lage des Kabinetts erschüttert.

Cetinje, 7. August. Bis gestern sind über siebenhundert Albaner zurückgekehrt. Der König hat den Sultan zur Beendigung des Albaneraufstandes telegraphisch beglückwünscht. — Die Meldungen auswärtiger Blätter, wonach Montenegro für den Unterhalt der Malissoren Entschädigung verlange, werden amtlich als unzutreffend bezeichnet. Montenegro würde jedes derartige Ansinnen entrüstet zurückweisen.

Konstantinopel, 7. August. Der Ministerrat hat beschlossen, den Belagerungszustand über Skutari aufzuheben.

Saloniki, 7. August. Issa Boljetinatz hat, wie verlautet, dem Wali von Uesküs seine Wünsche, betreffend Zahlung einer Entschädigung von 2000 Pfund, staatliche Anstellung und Vermittlung zur Beilegung seiner Fehden bekanntgegeben.

Persien.

Sieg der Regierungstruppen.

Teheran, 7. August. Bei Semnan hat heute zwischen reitenden Regierungstruppen und von Scharud anrückenden Turkmenen ein Gefecht stattgefunden. Die Turkmenen wurden zurückgeschlagen. Heute abend gehen von hier weitere Truppen ab. Gegen den früheren Schah Mohammed Ali ist der geistliche Bannfluch erlassen worden. Sein Zögern ist wohl darauf zurückzuführen, daß er selbst die Situation nicht für sicher hält. Die hiesige russische Gesandtschaft hat sich bei der hiesigen Regierung über die Anstellung des früheren englischen Militärattachés beschwert und verlangt, Persien solle auch einen russischen Militärattaché anstellen. Das russische Dorf Zergendeh ist derart mit überängstigten Persern besetzt, daß die Gesandtschaft die Aufnahme weiterer Personen verweigert.

Marokko.

Die Chauvinistenpresse kann wegen des bisherigen Ausgangs der deutsch-französischen Verhandlungen noch immer nicht zur Ruhe kommen. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung überschreibt einen Artikel „Bangen und Bangen" und führt in diesem alle jene Kreise auf, die mit den Resultaten unserer Diplomatie unzufrieden sind. Und ähnlich, je nachdem mehr oder weniger scharf, machen es noch eine Reihe bürgerlicher Blätter, ja selbst solche, die sonst stramm „links" sein wollen.

Die „Post" kommt noch einmal auf die Ohrfeigen zurück, die sie abbekommen hat, indem sie es als eine Albernheit bezeichnete, wenn einige Blätter in der Haltung der „Post" in der Marokkofrage den Einfluß des Besitzers der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" zu erkennen glauben.

Gar so albern ist diese Kombination nun freilich nicht. Als mit der vor dem Zusammenbruch gestandenen Post die seitherigen Geldgeber nichts mehr zu tun haben wollten, griff ein kapitalistisches Konsortium ein, dem rheinisch-westfälische Unternehmer angehören. Der Chefredakteur der Post, Kronstein, mußte bald darauf gehen, an seine Stelle trat Dr. Pohl. Dieser Herr aber kam aus Essen, wo er als Redakteur an der Rheinisch-Westfälischen Zeitung des Herrn Reißmann-Grone tätig war. Dieses Blatt hat unter der ganzen deutschen Presse zuerst und am lautesten Lärm geschlagen, als die Mannesmann-Angelegenheit aufs Tapet kam und schreit auch jetzt in der Marokkofrage am meisten. Der Aufsehen erregende Artikel der Post, der direkt als Ausfluß des Wahnsinns bezeichnet wurde, ist vielleicht nur deshalb in der Post abgelegt worden, weil sich die Rheinisch-Westfälische Zeitung der Blamage

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110808/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG